

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Ausländische Abnehmer zahlen 3 RM. pro Monat. Einzelnummern 10 Pf. Einrückungen werden nach Maßgabe der Zeit und des Platzes zu jeder Zeit angenommen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. — Rückzahlung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Posto. zuzüglich.



Wilsdruff-Verlag: Die Hauptverwaltung, Hauptstraße 20, Wilsdruff, die Hauptverwaltung der amtlichen Bekanntmachungen des Reiches, Hauptstraße 20, Wilsdruff, die Hauptverwaltung der amtlichen Bekanntmachungen des Reiches, Hauptstraße 20, Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 29. — 88. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2646 — Montag, den 4. Februar 1929

## Innerer Ausgleich.

Verwaltungsreform, Regelung zwischen Reich und Ländern, Vereinfachung und größere Sparfameit des bürokratischen Apparates, Finanzausgleich, kommunale Neugliederung, Eingemeindung, städtisches und ländliches Interesse — das sind alles Dinge, die heute im Vordergrund der Diskussion stehen und bald in einem, bald im anderen Punkt deutlicher hervortreten. Betrachtet man die lebhaften Auseinandersetzungen vom etwas entfernteren, dem direkten Einzelpersonen entzogenen Standpunkt aus, so wird es bald klar, daß alle diese scheinbar verschiedenen Materien in gewissem, wenn auch nicht immer gleich erkennbarem Zusammenhang stehen.

Zweifellos gewannen in letzter Zeit die Bemühungen um den Ausgleich zwischen Reich und Ländern erhebliches Gewicht, nicht minder auch das große Projekt der kommunalen Neugliederung in Preußen, das von dem jetzigen Ministerium des Innern betrieben und demnächst als Gesetzesvorlage an das Parlament gelangen wird. Gewiß ist Preußen allein nicht Deutschland und auch das westliche Industriegebiet Preußens, von dem die Pläne ausgehen, repräsentiert durchaus nicht den ganzen Preussischen Staat, der in seinen mehr agrarischen Teilen eine ebenso eminente Bedeutung für das Ganze trägt. Das sehen wir am besten aus der fast bis ins unerträgliche gewachsenen Not der landwirtschaftlichen Teile der Bevölkerung, die heute wie ein Alp auf dem Gemeinwesen lastet. Immerhin läßt es sich nicht leugnen, daß das westliche Industriegebiet zurzeit an Spannungen und Spannungen leidet, deren Fortbestand der Entwicklung abträglich sein müßte und an deren Abstellung Handel, Industrie und Landwirtschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft in gleichem Maße interessiert sind. Deshalb verdient eine Denkschrift des Preussischen Städtetages, die heute in den maßgebenden Stellen vorgelegt wurde, Beachtung, wenn man sie auch nicht unbedingt in allen ihren Darlegungen unterschreiben will. Die projektivierte westliche Neugliederung will Gebiete, die sich fast als gleichmäßige industrielle Großanlagen verformen, in andere Formen gliedern, will bisher bestehende Stadt- und Landkreise verringern. Die Volksmassen in den Städten wollen leben und gesund leben. Dazu brauchen sie Licht, Luft, Grünflächen, Wald, Wasser usw. Um das schaffen zu können, verlangen die Städte Boden, um das natürlich die Kreise abgeben sollen. Zu gleicher Zeit erhebt sich aber auch die Frage der zweckmäßigeren Verwaltung, der Organisation für die Aufgaben, die im letzten Jahrzehnt pyramidenartig gewachsen sind. Man braucht da nur an die Fürsorgetätigkeit zu denken, die wir früher in diesem Maße nicht kannten und die kleineren Gemeinden in ihrer Vereinzelung heute fast unmöglich wird infolge der entsetzlichen Verzettlung der Arbeit und der finanziellen Belastung. Zahlreiche mehr ländliche Kreise leiden an Leistungsunfähigkeit, da sie solche Aufgaben, die die Öffentlichkeit stellt, z. B. auch im Arbeitsnachweiswesen, unmöglich erfüllen können. Es fehlt sowohl der Verwaltungsapparatur wie die nötige finanzielle Grundlage. Bei einer zweckmäßigeren Ziehung der Grenzen, so wird ausgeführt, werden sich Leistungsfähigkeit und Leistungsunfähigkeit ausgleichen.

Von den Befürwortern der Umgestaltung wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Städte nicht nur für sich und für ihre eigenen Bewohner zu sorgen haben, daß sie zugleich die notwendigen kulturellen und wirtschaftlichen Mittelpunkte des sie umgebenden Landes sind, auf das sie Kultur und Zivilisation befruchtend ausstrahlen. Aber ohne das Land auch keine Erneuerung der städtischen Bevölkerung. Diesen Gesichtspunkten gegenüber sind die Widerstände nicht zu unterschätzen, die sich gegen eine übergrößen Bevorzugung der Stadtkultur erheben. Wenn es sich auch im Laufe der Zeit gelöst hat, daß bei großzügigen Eingemeindungen die Bedenken allmählich verschwinden sind, die Stadt lauge das umliegende Land auf, um für ihre Bedürfnisse größere Deckungen zu gewinnen. Das heißt, mit der Stadterweiterung vermehren sich Kosten und Steuerdruck für die Eingemeindeten. Es bleiben — das kann nicht geleugnet werden — erhebliche psychologische Momente, die der Versäufelungstendenz widerstreben. Das Heimatgefühl ist etwas Unwägbares, aber ohne Zweifel Bestehendes. „Hier bin ich geboren, hier will ich sterben.“ — das ist ein Satz, der in den tiefsten Urgründen der Seele begründet ist, und der im weiteren Sinne alles umschließt, was uns an ethischem Wert die heimische Scholle und der Begriff Vaterland bedeuten. Leider lassen sich Gefühlsworte in nicht ganz vom Realen trennen und wenn man auch nicht unbedingt das Wort zu unterschreiben braucht: „Wo's mir wohl geht, da ist mein Vaterland.“ so spielt doch das Materielle im Leben letzten Endes immer eine wichtige Rolle. Das zeigt sich am besten in der Tatsache, daß sich schon heute bei der Behandlung dieser Probleme Interessentenkämpfe mannigfaltiger Art entwickelt haben. Damit kommt man nicht weiter. Nur in der Zusammenarbeit der Städte mit den umliegenden Landgemeinden, in der Erwägung, daß gegenseitige Annäherung und nicht Abstoßung das Ziel sein muß, kann das Heil liegen. Das Land um die Stadt herum soll nicht ein Fremdkörper sein, der sich hinausgedrängt fühlt, sondern ein wichtiger und wesentlicher Bestandteil des gesamten wirtschaftlichen Lebens.

## Die preussische Antwort an Bayern

Brauns Antwort nach München.

Der preussische Ministerpräsident Braun antwortet in einer Presskonferenz auf die Erklärungen, die die bayerischen Minister Heide, Schmeitzle und Gürtner vor Pressevertretern in München über den Stand der Verhandlungen zwischen Reich und Ländern abgegeben haben. Braun erklärte, die bayerischen Minister hätten über den Stand der Verhandlungen über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern entgegen der Vereinbarung nicht die Vertraulichkeit bewahrt. Deshalb könne auch er sich nicht länger gebunden fühlen und werde zu einer Erwiderung gezwungen, die sich von selbst bei der Unrichtigkeit der bayerischen Behauptungen und ihrer Maßlosigkeit in der Form ergebe.

Die Länderbesprechung zwischen Weibach und Neujahr hätte eine Vereinbarung dahingehend ergeben, bei der Reichsregierung eine Konferenz aller der Länder anzuregen, die Entschädigungsansprüche gegen das Reich geltend zu machen. Es wäre keine angenehme Entscheidung, wenn die einzelnen Länder ihre finanziellen Ansprüche gegen das Reich im Wege der Klage beim Staatsgerichtshof geltend machten. Man war vielmehr der Auffassung, daß es zweckmäßiger wäre, in einer gemeinsamen Konferenz eine die Finanzlage des Reiches und der Länder berücksichtigende allgemeine Regelung zu treffen. Darauf hat im Januar eine Konferenz stattgefunden, in der die Ansprüche der einzelnen Länder gegen das Reich vom Reichsfinanzminister dargelegt wurden.

Bayerns Anspruch auf Vorrang. In der Konferenz, so führt Dr. Braun fort, versuchten die Vertreter Bayerns geltend zu machen, daß ihre Ansprüche vor allen anderen rangierten, demgemäß unter Ausschaltung der Vertreter der Länder, die an der Postabfindung und der Werksabfindung nicht interessiert seien, erledigt werden müßten. Dagegen wandten sich die Vertreter anderer Länder und auch ich, indem wir geltend machten, das ganze Entschädigungsproblem müsse ins-

gesamt unter Verwertung der Finanzlage des Reiches und der Länder allgemein geregelt werden. Um zu einem praktischen Ergebnis zu kommen, habe ich der Konferenz vorgeschlagen, die Regelung der Restentwädigungen für den Übergang der Eisenbahn auf das Reich bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschieben, an dem die Reichsbahn wieder unter die freie Verfügungsgewalt der Reichsregierung kommt. Der bayerische Ministerpräsident hat u. a. behauptet, Bayerns Gegner sei Preußen, das sich in der Finanzwirtschaft des Reiches möglichst breit mache und durch Kuschelungspolitik die Vernichtung der Länder herbeiführen wolle. Demgegenüber kann ich nur feststellen, daß diese Behauptung jeder Tatsächlichen Grundlage entbehrt, und weiter mein Bedauern darüber aussprechen, daß

die preußenfeindliche Stimmung, die in Bayern Tradition zu sein scheint, von den verantwortlichen Staatsmännern noch durch unrichtige Behauptungen genährt wird. Am Hinblick auf die bedrückte Lage des Reiches und der Länder sollte alles unterbleiben, was, wie das Vorgehen der bayerischen Minister, geeignet ist, das Verhältnis zwischen den einzelnen Ländern und ihr Verhältnis zum Reich zu trüben.

Wenn der bayerische Finanzminister in der erwähnten Konferenz die Haltung Preußens eine Schamlosigkeit genannt hat, wie sie im Staatsleben noch nie dagewesen sei, so kann ich angesichts der Tatsachen, die ich vorstehend kurz dargelegt habe, dazu nur bemerken, daß ein derartiger Verkehr im innerdeutschen Staatsleben bisher wohl nie dagewesen ist und im Interesse der gedrückten Zusammenarbeit der Länder zum Besten des Reiches auch nicht Platz greifen sollte.

Einstweilen sähen die diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Bayern abgebrochen zu sein, denn der bayerische Gesandte in München, der dem Ministerpräsidenten über die Münchener Vorgänge berichtet hat, bleibt vorläufig in Berlin.

Woch viel Nachdenken wird notwendig sein, um der Lösung näher zu kommen. Man wird hier und dort nachgeben müssen, man wird sich nicht verteidigen können auf Selbstgerechtigkeit und personellen Vorteil. Zusammenwachsen muß das deutsche Volk, sich nicht in Splitter und Splitterchen auflösen, nicht seine Kraft verschwenden im Kampf aller gegen alle. So betrachtet, wird das augenblicklich in Preußen angeschnittene Problem zur Schicksalsfrage für die Gesamtheit Deutschlands. Nicht allein in Preußen, denn zweifellos ist die Entwicklung auch in anderen Reichsländern fortgeschritten und wird unter ähnlichen Bedingungen ähnliche Forderungen zeitigen, z. B. in Sachsen, Württemberg, Baden, Bayern u. a. Selbstverständlich kann nicht alles unter einem Hut gebracht werden. Uns Himmels willen keine generalklassierenden Vorschriften von einer Zentrale aus! Die örtlichen Sonderheiten müssen geachtet und gehört werden. Also: Dezentralisation statt Zentralisation, Vereinfachung statt Verwirrung, Pflege des Gemeinschaftsgefühls und des Gedankens der Schicksalsverbundenheit des ganzen Volkes. S. G.

## Deutsche Antwort nach Paris.

Französische Erfindungen zur Eltschfrage.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wandte sich in einer Berliner Pressbesprechung in deutlichen Worten gegen die Ausfälle des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, die dieser am Freitag in der Eltschdebatte in der Französischen Kammer mit Bezug auf Deutschland für angebracht hielt.

Poincaré sprach in seiner Rede davon, daß die Fonds, die Deutschland nach dem Haushaltsplan für Propagandazwecke (Poincaré meinte natürlich angeblich Propagandazwecke im Eltsch) zur Verfügung habe, sich auf 94 548 720 Mark oder, umgerechnet, auf 660 Millionen französische Franc belaufen. Diese Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten könnten den Eindruck erwecken, daß auch nur ein Teil dieser Summe für ausländische Propaganda verwendet würde. Um klarzustellen, wie die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel verteilt seien, die überhaupt für Propagandazwecke in Frage kommen, erklärte Dr. Stresemann, daß für die Reichszentrale 822 000 Mark einschließlich der Posten für die Reichszentrale, für die Heimatbewegung, für das Auswärtige Amt ein Geheimfonds von sechs Millionen und ein weiterer Posten zur Förderung des Nachrichtenwesens vorgesehen sei. Bei der Kulturabteilung handele es sich um einen Betrag von sechs Millionen Mark, vierinhalf Millionen hiervon für Schulzwecke. Das Innenministerium verfüge über einen Betrag von zwei Millionen, das Ministerium für die besetzten Gebiete über vier Millionen, davon drei Millionen für kulturelle Zwecke im besetzten Gebiet. Wenn alle diese Posten zusammengezogen würden, so ergebe sich ein Betrag von 21 638 000 Mark. Dazu müßte

bemerkt werden, daß beim Auswärtigen Amt vierinhalf Millionen Mark nicht im üblichen Sinne als Propagandagelder angesehen werden könnten und daß der Betrag für die deutschen Schulen im Auslande erheblich geringer sei als die von anderen Ländern für ähnliche Zwecke im Auslande ausgegebenen Summen.

## Heimliche Fragen Stresemanns.

Bei diesem wirklichen Stande der Dinge richtet der deutsche Außenminister an Poincaré die dringlichsten Fragen, worauf er denn eigentlich seine Berechnungen bezieht. Wenn er etwa alle Ausgaben im besetzten Gebiete für die etwaige Germanisierung berechnet, dann möchte ich doch darauf hinweisen, sagt Stresemann, daß es sich um ein deutsches Gebiete handelt! Ich zweifle nicht daran, daß diese Sätze Poincarés gerade im Hinblick auf die im März stattfindenden Verhandlungen des Völkerverbundes zu der Behauptung benutzt werden, als wenn Deutschland Propaganda treibe, um die deutschen Widerheften in anderen Ländern zu verheizen und darin zu unterstützen. Ich lege deshalb Wert darauf, daß diese Frage auch an Herrn Poincaré in voller Öffentlichkeit gerichtet wird.

Der Reichsaussenminister sagte noch, er hätte gern im Reichstage die Behauptungen Poincarés auf ihr im Reichsbedeutendes Maß zurückgeführt. Aber darüber wären geschäftsordnungsgemäß zwei Wochen vergangen und er habe kein darauf gelegt, so fort der französischen Währungsbildung entgegenzutreten. Deshalb habe er den Weg der Pressebesprechung gewählt, damit die falschen Behauptungen unverweilt der richtigen Beleuchtung unterzogen werden können.

## Hindenburg beim Reitturnier.

Im Berliner Sportpalast.

Reichspräsident von Hindenburg erschien auf dem jetzt in Berlin abgehaltenen Reit- und Fahrturnier und wurde von dem bis auf den letzten Platz besetzten Haus mit Freude begrüßt. Begleitet wurde der Reichspräsident von seinem Adjutanten und Sohn, Major von Hindenburg, vom Gruppenkommandeur des Wehrtrains I, vom Inspekteur der Kavallerie, General von Maber u. a. Unter den Ehrengästen befanden sich auch Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, Prinzgemahl Heinrich der Niederlande und zahlreiche Vertreter der Ministerien und der Behörden.

Das Nachmittagsprogramm des Sonnabends war von solchem Umfang, daß seine Abwicklung, so schnell sie auch vollzogen wurde, bis in die Abendstunden hinzog. Sämtliche Schannummern des Turniers wurden dem Reichspräsidenten gezeigt, von denen die Kinderquadritze besonders gefiel. Mit dem erhielten die kleinen Reiterleute aus dem Reichspräsidenten Hand je eine Tafel Schokolade. Eine in ihrer ganzen Art wirkungsvolle Prüfung war der Seniorenpreis, der Deutschlands älteste und beste Reiter im Sattel sah. Ein schönes Bild bot auch die Eingangsprüfung für Reiter, die von General von Kanfer auf „Alber“, O. R. Siensoff auf „Paradiesvogel“ und Oberst von Heubredt auf „Burgdorff“ geritten wurde. Die Generalquadritze wurde straff geritten